# Kommunalpolitisches Programm der Deutschen Kommunistischen Partei

## Ostholstein - ein lebenswerter Kreis

Ostholstein
DKP

»Zu sagen was ist, bleibt die revolutionärste Tat.«
Rosa Luxemburg

# UZ – UNSERE ZEIT – Sozialistische Wochenzeitung

## Ich möchte ein kostenloses 6-Wochen-Probeabo

Das Abonnement endet automatisch.

- ☐ Nur Wochenzeitung
- ☐ Nur Online-Ausgabe
- ☐ Kombiausgabe (Wochenzeitung & Online)

Name

Vorname

Straße, Hausnr.

PLZ, Ort

Telefon

E-Mail (Ohne Mailadresse kein Online-Bezug möglich)

Bitte ausfüllen und senden an: CommPress Verlag GmbH, Hoffnungstraße 18, 45127 Essen

**E-Mail: info@unsere-zeit.de • www.unsere-zeit.de • www.uzshop.de**

## Kurzübersicht / Unsere Themen:

| | |
|---|---|
| **Finanzen** | Eine finanzielle Grundausstattung der Städte und Gemeinden muss gesichert werden. Geld ist genug da, es muss nur gerecht verteilt werden! |
| **Privatisierung** | Öffentliches Eigentum darf nicht weiter verscherbelt werden. Nirgendwo!<br>Bereits privatisierte und ausgegliederte ehemalige städtische Betriebe müssen rekommunalisiert werden.<br>Daseinsvorsorge, z.B. Öffentlicher Personennahverkehr, Wohnen, Gesundheitsversorgung und Pflege, Telefonnetze, Strom und Gas müssen in öffentliche Hand. |
| **Demokratie im Kreishaus** | Keine kommunale Geheimdiplomatie. Öffentliche Sitzungen haben grundsätzlich Vorrang. |
| **Kommunale Entwicklung** | Erstellung eines sozial ausgewogenen Konzeptes zur Schaffung von günstigem Wohnraum.<br>Einführung eines Zweckentfremdungs- und Leerstandsverbotes.<br>Schaffung von Barrierefreiheit in allen öffentlichen Einrichtungen. |
| **Umwelt- und Naturschutz** | Förderung regionaler Wirtschaftskreisläufe.<br>Verbot von Glyphosat.<br>Schaffung von mehr Naherholungs- und Grünflächen in allen Städten und Gemeinden. |
| **Öffentlicher Nahverkehr (ÖPNV) und Verkehrspolitik** | Null-Tarif im gesamten Personennahverkehr.<br>Verkürzung der Taktzeiten des Öffentlichen Nahverkehrs und Verbesserung der Versorgung vor allem in den Abendstunden und an Wochenenden.<br>Kostenlose Einführung von WLAN in allen Bussen.<br>Sofortiger Stopp des unsinnigen Projektes einer sogenannten „feste Fehmarnbelt-Querung“ (FFBQ), sowie der daraus resultierenden Hinterlandanbindung durch Ostholstein! |
| **Kindergärten und Schulen** | Bildung und Soziales hat Vorrang. Nur kleine Gruppen und Klassen, mehr pädagogische Hausaufgabenbetreuung, Ganztagsschulen, Lernmittelfreiheit und Kindergärten zum Nulltarif.<br>Ausbau und finanziell angemessene Ausstattung aller Inklusionsleistungen im Kreisgebiet. |
| **Soziales** | Abschaffung von Hartz IV und allen Sanktionen und Einführung eine menschenwürdige Grundversorgung für Erwerblose. |

**Soziales**

Kostenlose warme Mahlzeiten für alle Kinder in den Schulen und Betreuungseinrichtungen aller Kommunen.
Beseitigung der Obdachlosigkeit durch Bereitstellung kommunalen Wohnraums.

**Kommunales, soziales Wohnen auch für Seniorinnen und Senioren**

Menschenwürdiger und auch bezahlbarer Wohnraum muss in unseren Städten und Gemeinden für Jedermann zur Verfügung stehen.
Ausbau von kommunalem u. sozialem Wohnungsbau.
Wer Wohnraum privatisiert, verliert!
Schaffung von sozialen und kulturellen Begegnungsstätten in Form von Nachbarschaftszentren mit einem dezentralen Bürgerservice für alle Anwohnerinnen und Anwohner der Kommunen.

**Kultur, Kunst und Sport**

Kulturpolitik ist auch Sozialpolitik. Deshalb muss Kunst und Kultur in Ostholstein auch für den „Kleinen Mann“ bezahlbar sein. Sportentwicklung für den Breitensport.

**Antifaschismus**

Die Kreisverwaltung muss sich bewusst werden: Auch sie trägt Verantwortung bei der Abwehr des Neofaschismus und der Fremdenfeindlichkeit.

**Antimilitarismus**

Der Kreis Ostholstein muss seiner Lage und Geschichte gerecht werden in dem er sich für die Ostsee als „Meer des Friedens“ einsetzt: Schließung aller Bundeswehr- und Marine-Standorte in Ostholstein.
Keine Bundeswehr- oder NATO- Manöver in der Lübecker Bucht und der Ostsee.
Keine Militärtransporte durch Kreisgebiet, keine Verschiffung von militärischem Gerät oder Truppen.
Keinen öffentlichen Raum für die Bundeswehr in oder vor Schulen sowie bei Jobmessen oder ähnlichen Veranstaltungen um für das Sterben zu werben.
Unterstützung des Aufrufs „abrüsten statt aufrüsten“.

**Jugend und Integration**

Zukunft, Jugend und Integration sind eine politische und soziale Einheit. Deshalb mehr Jugendarbeit in unseren Kommunen.

**Arbeit und Ausbildung**

Der Verlust sozialversicherungpflichtiger Vollzeit-Beschäftigungsverhältnisse in Ostholstein belastet die soziale Ausgewogenheit. Stopp der Subventionen und Steuergeschenke für die Großunternehmen.
Gezielte Ansiedlung produzierender- und Handwerksunternehmen.

**Tourismus**

Schluss mit der einseitigen Fokussierung auf 5-Sterne-Hotels und Luxus-Gäste - nur diejenigen Regionen sind touristisch attraktiv, die auch für ihre Bürgerinnen und Bürger lebenswert gestaltet sind.

# Ostholstein - eine Lebenswerte Region!

Wir Kommunistinnen und Kommunisten haben eine konkrete Vorstellung von unserem schönen Kreis, seinen Städten und Gemeinden. Von einer Region die lebenswert für alle ist.

- Diese Kreis ist ein demokratischer Kreis, in dem die Einwohnerinnen und Einwohner alle wesentlichen Belange mit gestalten und über sie entscheiden.

- Dieser Kreis ist ein sozialer Kreis, in dem jedes Kind täglich eine warme Mahlzeit bekommt, in dem sich kein Mensch Lebensmittel aus den Resten der Wochenmärkte zusammensuchen muss, niemand auf „Tafeln“ angewiesen ist, in dem es keine Obdachlosen gibt.

- Dieser Kreis bietet ein umfassendes, bezahlbares Sport- und Freizeitangebot. Er hat gut unterhaltene Schwimmbäder und Sportanlagen. In allen Städten und Gemeinden gibt es Gemeindezentren, Jugend- und Seniorinnen- und Seniorentreffs.

- Dieser Kreis hat ein Kulturangebot auf allen Ebenen. Von Philharmonie bis Häkelkurs werden alle gleichermaßen gefördert. Stadt- und Gemeindebibliotheken haben benutzerfreundliche Öffnungszeiten und ein breites Angebot.

- In diesem Kreis ist kein Kind vom Bildungssystem ausgeschlossen. Es gibt ein ausreichendes Angebot an Kindergarten- und Ganztagsschulplätzen in modernen Einrichtungen. Lehr- und Lernmittel sind frei.

- In diesem Kreis ist der öffentliche Nahverkehr eine kostenlose Alternative zum Autoverkehr. Fußgänger und Radfahrer haben hier Vorfahrt.

- Dieser Kreis ist ein grüner Kreis. Er schützt und entwickelt seine Strand-, Wald- und Grünflächen.

- In diesem Kreis können sich die Menschen das Wohnen leisten. Er bietet ausreichend bezahlbaren, energiesparenden Wohnraum für Jung und Alt, für große Familien ebenso wie für Alleinstehende.

- Wer in diesem Kreis Arbeit sucht, soll eine finden, die ein auskömmliches Einkommen garantiert.

- Dieser Kreis ist ein solidarischer Kreis. In ihm leben Menschen unterschiedlicher Herkunft, Nationalität und unterschiedlichen Glaubens friedlich miteinander. Die verschiedenen Kulturen ergänzen und fördern sich gegenseitig.

- In diesem Kreis sind Flüchtlinge willkommen. Hier wird ihnen geholfen, eine menschenwürdige Existenz zu leben.

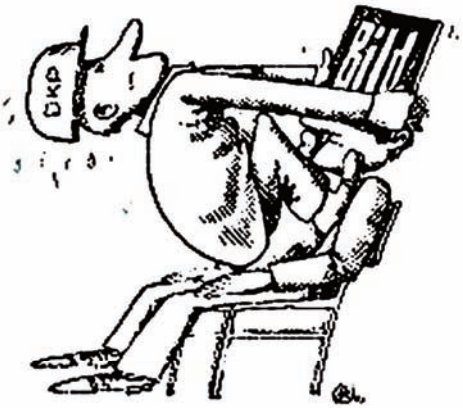
- Dieser Kreis ist ein Kreis des Friedens und des Antifaschismus.

- In diesem Kreis haben die Politikerinnen und Politiker gläserne Taschen. Sie legen den Wählern Rechenschaft über die Verwendung ihrer Mittel und über ihr Handeln ab.

Wir wissen, ein solcher Kreis, wie wir ihn wollen, kann in einer kapitalistischen Gesellschaft nicht entstehen. Die DKP alleine kann ihn nicht erkämpfen.

Aber viele der Einzelpunkte, die wir benannt haben, können wir (Beschäftigte, Erwerbslose, Schülerinnen und Schüler, Studentinnen und Studenten, Eltern, Rentnerinnen und Rentner, Betriebs- und Personalräte, Vertrauensleute, Interessenvertretungen an Schulen, ausländische Mitbürgerinnen und Mitbürger, Kultur- und Sportvereine) gemeinsam erkämpfen.

Damit haben wir begonnen.




## INHALT

Ostholstein – eine demokratische Region ..... 7

Ostholstein – eine reiche Region ..... 9

Ostholstein – eine soziale Region ..... 12

Ostholstein – eine Region mit bezahlbarem Sport- und Freizeitangebot ..... 13

Ostholstein – eine Kulturregion ..... 14

Ostholstein – bietet Kindern eine Chance ..... 14

Ostholstein – ein gutes Verkehrswesen verbindet und garantiert Lebensqualität ..... 16

Ostholstein – eine maritime, touristische und grüne Region ..... 18

Ostholstein – eine Region zum Wohnen ..... 19

Ostholstein – hier gibt es Arbeit ..... 22

Ostholstein – eine solidarische Region, eine Region für alle ..... 23

Ostholstein – hier finden Menschen Zuflucht ..... 25

Ostholstein – eine Region des Friedens und des Antifaschismus ..... 26

Ostholstein – und die Krise des Kapitals ..... 28

Ostholstein – Macht mit ..... 29

Ostholstein – Die DKP gibt ihr Wort ..... 31

# DKP

## in den Kreistag

## damit man von draußen sieht was drinnen vorgeht!

## Ostholstein - eine demokratische Region

Die Möglichkeiten, an den Entscheidungen in unserem Kreis teilzuhaben, reduzieren sich auf die Wahlen und einige wenige, mühsam erkämpfte Bürgerbegehren und -entscheide.

Durch die Privatisierung von kommunalen Aufgaben wird selbst dem Kreistag die Einflussnahme auf diese Bereiche fast unmöglich gemacht. Die ständig angespannte Finanzsituation des Kreises, im Wesentlichen hervorgerufen durch die Verlagerung von Kosten des Bundes und des Landes auf die Kommune, schränkt deren Handlungsspielraum fast auf null ein.

Unser Kreis muss eine demokratischer Kreis werden, in dem die Einwohnerinnen und Einwohner umfassende Möglichkeiten haben, Einfluss zu nehmen, in dem nichts hinter verschlossenen Türen und ohne öffentliche Kontrolle passiert.

## Deshalb fordert die DKP:

- Aktives und passives Wahlrecht für alle Einwohnerinnen und Einwohner, unabhängig von ihrer Herkunft.
- Alle Beratungen des Kreistages sowie alle Sitzungen der Ausschüsse sind grundsätzlich öffentlich abzuhalten, einen nichtöffentlichen Bereich darf es nicht mehr geben. Die Kreistagsvertreterinnen und -vertreter müssen alle Informationen bekommen, es darf keine Geheimverträge geben.
- Das politische Mittel des Volksentscheids („Bürgerentscheid“) muss auf allen Ebenen der Kommunen vereinfacht und für bestimmte Entscheidungen (Stellenabbau, Etatkürzung, Großinvestitionen etc.) zwingend vorgeschrieben werden.
- Vertretungen sozialer, kultureller, gesundheitspolitischer und sportlicher Einrichtungen wie Schulen, Kindergärten, Jugendhäuser, Sportvereine, etc. müssen Mitbestimmungsrecht haben, wenn es um ihre Belange geht.
- Die KreisschülerInnenvertretung und die zuständigen Gewerkschaften des Deutschen Gewerkschaftsbunds (DGB) müssen Stimmrecht in allen Schulausschuss-Sitzungen im Kreisgebiet erhalten.
- Die Einwohnerinnen und Einwohner einer jeden Stadt oder Gemeinde bekommen Rederecht zu allen sie betreffenden Punkten im Kreistag.
- Die Volksvertreterinnen und -vertreter sind den Wählerinnen und Wählern ihres Wahlkreises unmittelbar zur Rechenschaft verpflichtet und jederzeit abwählbar.
- Alle Aufgaben der öffentlichen Versorgung gehören unter demokratische Kontrolle, dazu gehören u.a. Abfallentsorgung, Gas-, Wasser-, Abwasser-, Strom-, Telekommunikations- und Gesundheitsversorgung, aber auch Bildungs- und Kultur-, Alten- oder Pflegeeinrichtungen.
- Die Polizei nimmt ihre demokratischen Aufgaben wahr und wird durch den Kreistag kontrolliert. Die für die Kommunen zuständige Polizei ist bürgernah zu organisieren, sie ist den zuständigen Volksvertretungen unterstellt und rechenschaftspflichtig.
- Der Einsatz privater Schutzdienste im öffentlichen Raum wird untersagt.

# Friedensrechner

## 225 Leopard 2 - Panzer =
## ca. 520 Kindertagesstätten

## 140 Eurofighter =
## ca. 3 200 Pflegeheime

## 40 Kampfhubschrauber =
## ca. 2 400 Sozialwohnungen

Quelle: shift-happens.org

# Ostholstein - eine reiche Region

Täglich erleben wir finanzielle Kürzungen in sozialen und kulturellen Bereichen. Den Banken wurden – wie unlängst indirekt wieder beim Verkauf der HSH-Nordbank zu sehen – mit den Rettungsschirmen ohne weiteres Milliarden Euro zur Verfügung gestellt, die die Kommunen nun über die sogenannte Schuldenbremse bezahlen sollen.

Auf Bundes- und Landesebene verabschieden die etablierten Parteien seit Jahren Gesetze, damit die großen Konzerne immer weniger Steuern zahlen müssen. Auch in Ostholstein gibt es umsatzstarke Unternehmen, die hier ihren Hauptsitz haben (Sparkasse Holstein, Schwartauer Werke GmbH & Co. KGaA, AMEOS Krankenhausgesellschaft Holstein mbH, Sana Kliniken Ostholstein GmbH, Schön Klinik Neustadt). Die Einnahmen der Kommunen im Kreis bei Körperschafts- und Gewerbesteuer sind dafür viel zu gering. Auch hier werden ständig Geschenke an die Konzerne gemacht.

Angeblich gibt es zum Sparen keine Alternative, so sagen es auch in Ostholstein die herrschenden Kreistagsparteien. Dabei gibt es neben der strukturellen Unterfinanzierung der Städte und Gemeinden noch hausgemachte Probleme. Denn auch in Ostholstein besteht eine Komplizenschaft von Politikern, Investoren und Beratern. Die daraus entstandenen Fehlentscheidungen der Vergangenheit wie die Privatisierungen im Gesundheitswesen haben wir öffentlich angeprangert und bekämpft. Das wird die DKP auch in Zukunft tun.

Zwischen Bundes-, Landes- und Kommunalpolitik besteht ein enger Zusammenhang. Gerade bei den Finanzen zeigt sich: Die Politik unten soll ausbaden, was die Politik oben angerichtet hat. Die Finanzmisere entsteht ebenfalls durch das Abwälzen von Aufgaben des Bundes und des Landes auf die Kommunen. Dadurch entstehen den Kommunen immer neue Kosten. Der Kreis Ostholstein ist mit ca. 51 Millionen hoch verschuldet, vielen Kommunen im Kreisgebiet geht es ähnlich. Banken sind dabei die großen Nutznießerinnen der Schuldenlast, sie vergeben gerne neue Kredite. Die Folge: Die Kommunen haben zu wenig Geld für ihre Aufgaben.

„Konsolidierungsfonds“, die sogenannte „schwarze Null“ und die „Schuldenbremse“ als Ausdruck des Kaputtsparens seitens der Bundes- und Landespolitik haben die Kommunen an den Rand der finanziellen Handlungsunfähigkeit gebracht.
Schulden werden dadurch nicht abgebaut, sondern auf zukünftige Generationen verlagert, da der Kreis, die Städte und Gemeinden ihrer Pflicht zur Unterhaltung der Infrastruktur, der Bildungsaufgaben und der Sozialpolitik nicht mehr nachkommen können.

Out-Sourcing von Verwaltungsaufgaben, Privatisierungen und sogenannte „Public-Private-Partnership“ („Öffentlich-Private-Partnerschaft“ / ÖPP) -Projekte sind dann gern genutzte Möglichkeiten. In Wirklichkeit sind sie jedoch nichts anderes als ein Kostenbumerang, bei dem letztendlich immer nur die Gewinne durch die privaten Investoren abgeschöpft werden, die Kommunen hingegen die realen Kosten tragen.

Geld ist in diesem Land genug vorhanden – wie nicht zuletzt die irrsinnigen Pläne der Bundesregierung zeigen, die im Rahmen der NATO-Kriegsvorbereitungspolitik plant, den Militäretat auf 60 Milliarden (€ 2 Prozent des Bruttoinlandsproduktes) zu verdoppeln - man muss es nur gerecht verteilen!

Wir sagen: eine grundlegende Reform der kommunalen Finanzen ist notwendig. Denn dieser Kreis, seine Städte und Gemeinden brauchen finanziellen Spielraum, um im Interesse ihrer Einwohnerinnen und Einwohner zu handeln. Damit die so aufgebrachten Gelder auch wirklich für soziale und andere notwendige Bereiche ausgegeben werden, müssen die „freiwilligen Leistungen“ der Kommunen (beispielsweise Kulturangebote) zu Pflichtaufgaben werden.

## Deshalb fordert die DKP:

- Die Kommunen sind finanziell so auszustatten, dass sie ihren Aufgaben nachkommen können. Und zwar durch:
  - ✓ die Einführung der Vermögenssteuer zu Gunsten der Kommunen,
  - ✓ die Erhöhung der Erbschaftssteuer auf Großvermögen und
  - ✓ die Erhöhung des Spitzensteuersatzes auf 56 Prozent.
- Die Gewerbesteuer wird bundeseinheitlich festgelegt, um die Konkurrenz zwischen den Kommunen und Regionen aufzuheben.
- Wir wirken auf allen politischen Ebenen dafür, dass die Bundes- und Landesregierung die sogenannten „Schuldenbremse“ sofort abschafft.
- Sofortiger Stopp jeglicher sogenannter „Konsolidierungsfonds“ um die finanzielle Selbstverwaltung wieder herzustellen.
- Daseinsvorsorge, z.B. Öffentlicher Personennahverkehr, Wohnen, Gesundheitsversorgung und Pflege, Telefonnetze, Strom und Gas müssen in öffentliche Hand.
- Privatisierte und ausgegliederte ehemalige kommunale Betriebe müssen rekommunalisiert werden, dies gilt z. B. für alle privatisierten Krankenhäuser und Pflegeeinrichtungen. Dabei muss jedoch auch sichergestellt werden, dass Schulden dieser Betriebe, die die privaten Betreiber aufgrund von Fehlplanungen und Misswirtschaft zu verantworten haben, bei der Rückführung unter öffentliche Kontrolle nicht mit übernommen und somit zu Gunsten der Privatwirtschaft sozialisiert würden!
- Die Rekommunalisierung von Betrieben der Daseinsvorsorge muss unter demokratischer Kontrolle durchgeführt werden und darf nicht zu neuen privatwirtschaftlichen Firmenformen, wie z. B. einer GmbH in kommunalem Besitz, führen, die zu späteren Zeitpunkten wieder leicht zu privatisieren wären.
- Erhöhung der Schlüsselzuweisungen durch Land und Bund.

# PFLEGE STATT PANZER!

**Geld ist genug da –
Abrüstung statt Aufrüstung!**

NATO STOPPEN!

DKP

www.dkp-luebeckostholstein.blogspot.de

## Ostholstein - eine soziale Region

Menschen, die ihren Lebensunterhalt mit dem Sammeln von Altglas aufbessern müssen, gehören auch in vielen Kommunen in unserem Kreisgebiet zum Alltag. Die Zahl der Menschen, vor allem Ältere, die sich aus den Resten der Wochenmärkte ihre Lebensmittel zusammensuchen müssen oder nur mit Hilfe der sogenannten „Tafeln“ über den Monat kommen, nimmt ständig zu. An den Schulen steigt die Zahl der Kinder, die hungrig zur Schule kommen und keine warme Mahlzeit in der Woche erhalten.

Spätestens seit den wiederholten Brandbriefen der Ärzte und Pfleger der Sana-Klinik in Oldenburg in Holstein ist klar: Gesundheit ist keine Ware! Stichwort „Pflegenotstand“: In unseren Kliniken, Alten- und Pflegeheimen herrscht Personalnot – und das bereits seit geraumer Zeit.

Hier zeigt sich der ganze kapitalistische Wahnsinn alles und jedes der Profitlogik zu unterstellen besonders deutlich. Gefährliche Pflege, blutige Entlassungen, Keimkrisen, stundenlange Wartezeiten in Notaufnahmen usw. sind die Anhaltspunkte dieser verfehlten Gesundheitspolitik.

Unsere Gesundheitsversorgung darf unter gar keinen Umständen der privatwirtschaftlichen Profitlogik unterworfen bleiben – sie ist ein wesentlicher Bestandteil der Daseinsfürsorge und gehört daher in öffentliche Hand!

Eine soziale Region sieht anders aus. Unser Kreis schließt niemanden von der sozialen Teilhabe, vom gesellschaftlichen Leben aus. Deshalb hat dieser Kreis ein Programm gegen Armut und eine vernünftige Gesundheits-, Alten- und Pflegeversorgung.

Unser Kreis bietet allen, die in unterschiedlicher Form Hilfe und Unterstützung bedürfen, diese an: ob VerbraucherInnen, Alleinerziehenden, SchuldnerInnen, Frauen, Schwangeren, Kindern in Not oder Drogenabhängigen.

## Deshalb fordert die DKP:

- Einführung einer kostenlosen warmen Mahlzeit für alle Kinder in den Schulen und Betreuungseinrichtungen aller Kommunen im Kreisgebiet.
- Beseitigung der Obdachlosigkeit durch Bereitstellung kommunalen Wohnraums.
- Abschaffung von Hartz IV.
- Die Jobcenter im Kreis Ostholstein führen eine menschenwürdige Grundversorgung für Erwerblose ein.
- Festlegung kommunaler Standards für eine menschenwürdige Unterbringung älterer Menschen in Alten- und Pflegeheimen und Zusicherung eines angemessenen Einkommens zur freien Verfügung.
- Ausbau und finanziell angemessene Ausstattung aller Inklusionsleistung im Kreisgebiet sowie Schaffung von Barrierefreiheit in allen öffentlichen Einrichtungen.

- Freier Eintritt in allen kommunalen Kultur-, Sport- und Freizeiteinrichtungen im gesamten Kreisgebiet für Menschen mit geringem Einkommen.
- Ausbau der Drogenberatung und der Drogenprävention an den Schulen sowie wohnortnahe Hilfsangebote zur Drogenberatung in allen Kommunen unter Einbeziehung der örtlichen Schulen und Jugendeinrichtungen.
- Ausbau und Unterstützung der verschiedenen Angebote der Frauenhilfe.
- Flächendeckende Gesundheitsversorgung für Alle durch die Einrichtung von kommunalen Arztstellen und der Ausbau der wohnortnahen notärztlichen Versorgung. Sicherung der Schwangerschaftsberatungen.
- Eine Qualitätsoffensive in der Alten- und Krankenpflege, sowohl für Pflegebedürftige und Angehörige als auch für in der Pflege und Betreuung tätiges Personal
- Sofortige Rückführung des bereits privatisierten Gesundheits- und Pflegewesens in öffentliche Hand!
- Eine auskömmliche Finanzierung der (dann wieder öffentlichen) Krankenhäuser und einen Abbau des Sanierungsstaus. Das Verbot weiterer Ausgliederungen.
- Wahrnehmung der Verantwortung auch für die Beschäftigten, d.h. Personalmindestbemessungsgrenzen, Finanzierung für mehr Personal und bessere Arbeitsbedingungen in Krankenhäusern, Alten- und Pflegeheimen
- Die Schließungen der Geburtshilfeabteilungen sind rückgängig zu machen; keine weiteren Schließungen von Krankenhäusern
- Unterstützung der Arbeit der Schuldnerberatung.
- Finanzielle Absicherung der Verbraucherberatung.
- Ausweitung des Hilfsangebots für Kinder in Not.

## Ostholstein - eine Region mit bezahlbarem Sport und Freizeitangebot

Eine Folge des Kaputtsparens der kommunalen Haushalte ist seit Jahren das Zurückfahren von Unterstützung für Sportangebot und sozialen Einrichtungen. Sportvereine, Jugendeinrichtungen, die Musikerziehung und viele mehr erhalten immer weniger Gelder aus den kommunalen Etats.

Der Kreis Ostholstein soll ein lebenswerter Kreis werden. Dazu gehört vor allem auch ein bezahlbares Sport- und Freizeitangebot für Jung und Alt.

Unsere Region braucht Jugendzentren, die die Bedürfnisse von Jugendlichen und Kindern aufgreifen. Wir brauchen Seniorinnen- und Seniorentreffs. Wir brauchen Hallen- und Freibäder. Wir brauchen soziokulturelle Zentren und Begegnungsstätten.

## Deshalb fordert die DKP:

- Finanzielle Absicherung und Ausbau der Arbeitsplätze in den Bereichen Kinder- und Jugendarbeit.
- Sanierung und ggf. Wiedereröffnung von Sporthallen und Sportplätzen.

- Erhalt und Ausbau von Freiflächen, Plätzen und Parks mit Bolz- und Basketballplätzen sowie Skaterbahnen.
- Die Mitgliedschaft von Kindern und Jugendlichen in Sportvereinen und Kultureinrichtungen muss gefördert werden.

## Ostholstein - eine Kulturregion

Kultur ist Teil der öffentlichen Daseinsfürsorge. Sie muss in allen Kommunen erlebbar und unabhängig vom Geldbeutel oder dem Bildungsgrad sein. Wir wollen einen Kreis, der seinen Menschen die Kultur zugänglich macht und die unterschiedlichen kulturellen Initiativen und Angebote fördert.

## Deshalb fordert die DKP:

- Stärkere Förderung aller Theater- und Kulturbetriebe in den Kommunen.
- Ausbau kommunaler Stadtbibliotheken in allen Städten und Gemeinden zu einem kosten- und gebührenfreien Angebot mit einem umfassenden Medien- und Kulturangebot, Ausweitung der Öffnungszeiten und Koppelung mit anderen Angeboten z.B. von Musikschulen und der Volkshochschulen (VHS), vor allem für Kinder- und Jugendliche.
- Verdoppelung der Kulturfördermittel in den Kommunen.
- Ausweitung der bildungs- und kulturbezogenen Kurse in den kommunalen Volkshochschulen und Schaffung eines Angebots in allen Städten und Gemeinden Ostholsteins.

## Ostholstein - bietet Kindern eine Chance

Kinder und Jugendliche sind der Teil der Bevölkerung, der mit am stärksten unter Armut und Arbeitslosigkeit zu leiden hat.

Die Möglichkeiten für Kinder und Jugendliche, sich zu bilden, am gesellschaftlichen Leben teilzunehmen, sich so zu entwickeln, dass sie die besten Voraussetzungen für ihr späteres Leben haben, sind in den letzten Jahren immer schlechter geworden. Jedes dritte Kind in Ostholstein ist von Armut betroffen.

Kindergarten-, Schul-, Sport- und Freizeitangebote für Kinder und Jugendliche sind in unserem Kreis sehr ungleich verteilt.

Unsere Kommunen müssen jedem Kind die Chance bieten, sich zu entwickeln und zu entfalten.

Wohnstandort, soziale Herkunft und der Geldbeutel der Eltern dürfen keinen Einfluss mehr auf die Entwicklungschancen eines Kindes haben. Genau das aber passiert im mehrgliedrigen Schulsystem. Nicht erst seit der Veröffentlichung der PISA-Studie fordern wir ein einheitliches Schulsystem und lehnen das mehrgliedrige Schulsystem ab.

# KITAS STATT KRIEGE!

**Geld ist genug da –
Abrüstung statt Aufrüstung!**

NATO STOPPEN!

DKP

www.dkp-luebeckostholstein.blogspot.de

## Deshalb fordert die DKP:

- Ein flächendeckendes und kostenloses Angebot an Kindertagesplätzen, auch für Kinder unter drei Jahren, das sich am tatsächlichen Bedarf in den Kommunen orientiert.
- Sanierung, Instandhaltung und Modernisierung aller Schulen. Dazu gehören auch die tägliche Reinigung von Schulgebäuden und eine Planstelle für Hausmeisterinnen und Hausmeister pro Schule.
- Lernmittelfreiheit für alle Kinder.
- Eine qualitativ hochwertige, kostenlose Ganztagsbetreuung an Grundschulen, die sich am tatsächlichen Bedarf orientiert und die Einführung einheitlicher Qualitätsstandards für die Offene Ganztagsgrundschule.
- Einrichtung integrierter Gesamtschulen, an denen das Abitur abgelegt werden kann.
- Nicht mehr als 20 SchülerInnen pro Klasse und mehr pädagogische Hausaufgabenbetreuung. Das kann nur erreicht werden, wenn mehr LehrerInnen eingestellt werden. Ein guter Anfang ist die Forderung der GEW nach 1.500 neuen Lehrerstellen im Land.
- Inklusion mit mehr qualifiziertem Personal und besserer Finanzausstattung.
- Wohnortnahe Grundschulversorgung. Kostenlose Schulbusbeförderung für Schulkinder, die einen weiten Schulweg haben.
- Eine drastische Verbesserung des sozialpädagogischen Angebots für Schülerinnen und Schüler sowie für Eltern; ausreichende psychologische und sozialtherapeutische Beratung.
- Weiterbeschäftigung der kommunalen Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter in den Schulen.
- Kostenlose Sport-, Musik- und Kulturförderung der Kinder in allen Schulen.

## Ostholstein - ein gutes Verkehrswesen verbindet und garantiert Lebensqualität

Verkehr heute in Ostholstein bedeutet vor allem durch Kaputtsparen und den damit verbundenen Investitionsstau verstopfte, beschädigte, kaputte und gesperrte Straßen und Brücken, ein in vielen Punkten unzureichendes und schlecht getaktetes Nahverkehrsangebot mit überhöhten Preisen und ein in vielfacher Form konzeptloses Radwegenetz ohne Radschnellwege und ausreichende Park- und Unterstellmöglichkeiten.

Wer in Ostholstein das Auto stehen lassen und mit Bus und Bahn („Park & Ride“) fahren möchte, hat gerade in ländlichen Regionen oftmals wenige Chancen. „Park & Bike“ - Konzepte fehlen gänzlich.

Überhöhte Fahrpreise, überfüllte Busse in den Spitzenzeiten, zu lange Taktzeiten und eine oft mangelhafte Verbindung von Regionen untereinander kennzeichnen seit Jahren das

Bild. Vor allem aber sind in den Abendstunden und an den Wochenenden ganze Regionen vom ÖPNV abgeschnitten.

Fußgängerinnen und Fußgänger, Radfahrerinnen und Radfahrer, der öffentliche Nahverkehr und damit die Lebensqualität der Einwohnerinnen und Einwohner müssen gerade in dieser touristischen Region zukünftig Vorfahrt haben.

Als Krönung des Ganzen leistet sich Ostholstein, auch auf Druck von Landes- und Bundesregierung, ein völlig überflüssiges und schädliches Prestige-Objekt: Die sogenannte „feste Fehmarnbelt-Querung“ (FFBQ).

Der Bau eines Tunnels unter dem Fehmarn-Belt ist ökologisch schädlich u. a. weil er weite Teile der Landschaft Fehmarns unwiederbringlich zerstört, er ist wirtschaftlich sinnlos, da er existierende Arbeitsplätze im Tourismus und bei der Fährreederei Scandlines vernichten wird, aber regional eben keine neuen Arbeitsplätze schaffen wird.
Die Verkehrsprognosen für die FFBQ sind aus dem Jahr 2002 und damit 11 Jahre alt. Eine Plausibilitätsprüfung hat ergeben, dass fast keine Annahme der tatsächlichen Entwicklung entspricht. Hier soll ein milliardenschweres Prestige-Objekt gegen jede Vernunft entstehen!

Im Rahmen des hierzu im Juni 2009 ratifizierten Staatsvertrages zwischen Deutschland und Dänemark hat sich die Bundesregierung zusätzlich verpflichtet die Hinterlandanbindung mittels einer zweigleisige Bahnstrecke und einer vierspurigen Autobahn auszubauen und zu finanzieren.
Nach Fertigstellung der festen Fehmarnbelt-Querung würden hiernach täglich 78 Güterzüge
mit einer durchschnittlichen Länge von 835 m durch Ostholstein rollen.

Tourismus ist der wichtigste Wirtschaftsfaktor in Ostholstein. Nicht nur die Küstenorte leben von den Urlaubsgästen, sondern auch große Teile des Binnenlands. Eine Güterzugtrasse durch diese schöne Region würde das Landschaftsbild durch meterhohe Lärmschutzwände stark verändern und die Lebensqualität für Mensch und Natur vermindern. Zwischen Lübeck und Puttgarden entstünde ein 89 km langer Lärmkorridor. Darüber hinaus bedeutet die jetzt geplante Trasse entlang der Autobahn A1, dass die bisherige Strecke durch die Bäder an der Lübecker Bucht stillgelegt wird. Eine Verlagerung von Haltepunkten an die Autobahn ist eine gravierende Verschlechterung für die Erreichbarkeit der Küstenorte – auch für Urlauber.

Wegen dieses völlig unnötigen Vorzeigeobjektes wären Mittel für dringend notwendige Verkehrsinfrastrukturmaßnahmen vermutlich über Jahre hinaus gebunden.

Die DKP wird daher solidarisch mit den Bürgerinnen und Bürgern Fehmarns und der Bäderregion gegen diesen Irrsinn kämpfen und fordert von der Landesregierung die hierfür vorgesehenen Mittel umzuschichten und für den Erhalt sozialer Projekte bereitzustellen!

## Deshalb fordert die DKP:

- Sofortiger Stopp des unsinnigen Projektes einer sogenannten „feste Fehmarnbelt-Querung“ (FFBQ), sowie der daraus resultierenden Hinterlandanbindung durch Ostholstein!

- Null-Tarif im gesamten Personennahverkehr, wie es anderenorts in Deutschland und Europa bereits mit Erfolg praktiziert wird. (Die Website freepublictransports.com beschreibt weltweit 48 Städte mit fahrscheinlosen Nahverkehrsangeboten.)
- Verkürzung der Taktzeiten des Öffentlichen Nahverkehrs und Verbesserung der Versorgung, vor allem in den Abendstunden und an Wochenenden.
- Barrierefreier Ausbau aller Bahnhöfe, Haltestellen und Fahrzeuge. Dazu gehört die bedarfsgerechte Wartung von Aufzügen und Rolltreppen.
- Flächendeckende und kostenlose Einführung von WLAN in allen Bussen.
- Mehr Investitionen in die Straßen- und Brücken zur Behebung des Sanierungsstaus.
- Instandsetzung und Konzeptionierung des Radwegenetzes.
- Einführen von Radschnellwegen und Erstellung eines Park & Bike –Systems in den Kommunen.

## Ostholstein - eine maritime, touristische und grüne Region

Ostholstein ist eine der beliebtesten Ferienregionen Deutschlands. Dennoch gibt es Fehler in der Tourismusstrategie: Der ständige Wettkampf der Regionen um das noch exklusivere 5-Sterne-Hotel oder die „schickste“ Marina für Luxus-Gäste sind Beispiele für eine verfehlte Tourismuspolitik.

Diese Politik macht die Gemeinden nicht lebenswerter, sondern schafft durch die einseitige Fokussierung auf eine „wohlhabende“ Touristenklientel erfahrungsgemäß nur Geisterstädte, welche – wenn überhaupt – lediglich wenige Monate im Jahr belebt sind. Die Klientel reicher Urlauber ist zahlenmäßig sehr begrenzt und wird bei einem so entstehenden Überangebot nicht zur touristischen Belebung der Regionen führen.

Die DKP vertritt alternativ die Auffassung, dass nur diejenigen Regionen touristisch attraktiv sind, die auch für ihre Bürgerinnen und Bürger lebenswert gestaltet sind. Solche Regionen entwickeln eine Magnetwirkung, die auch Touristen verstärkt in die Region lockt. Die DKP ist daher nicht grundsätzlich gegen den Bau neuer Hotelprojekte, aber gegen die Überbauung der letzten allgemein nutzbaren Grünflächen an der Küste.
Die Politik auf Kreisebene muss daher endlich auf die Planungen durch die Bäder und ihre Tourismuszentralen Einfluss nehmen. Sie sollte einerseits verstärkt die Schaffung einer familienfreundlichen Infrastruktur und andererseits die Voraussetzungen für einen ökologischen, „sanften“ Tourismus fördern.

Eine ganzjährige Belebung der Infrastruktur ist durch solche Maßnahmen auf jeden Fall eher zu gewährleisten als durch scheinbare touristische Prestigeobjekte, die im Herbst, Winter und Frühjahr zumeist leer stehen.

Ostholstein ist außerordentlich dazu geeignet den (weltweit) zunehmenden Radtourismus zu bedienen. Konzepte wie „Bett & Bike“ aber auch kommunale Fahrradverleihe können zusätzliche touristische Einnahmen generieren, die nicht nur familienfreundlich sondern auch besonders umweltschonend sind.

Die DKP setzt auf die natürlichen Ressourcen in unserer Region. Als eine der touristischen Spitzenregionen in Deutschland ist Ostholstein von guten Umweltbedingungen abhängig. Aber auch die Bevölkerung hat das Recht, in einer gesunden Umwelt zu leben und zu arbeiten. Der Klimawandel muss zur Kenntnis genommen und mit allen Möglichkeiten gebremst werden.

## Deshalb fordert die DKP:

- Kostenloser Zugang zu allen Strandbereichen
- Ein sozial ausgewogenes Konzept zur Schaffung günstigen Wohnraums und Ansiedlung von Familien mit Kindern unter Zurückdrängung von und Prestige- und Luxusobjekten an der Küste
- Schutz der allgemein nutzbaren Grün- und Freiflächen an der Küste vor Umwidmung in Bauland. Schaffung einer Satzung zur Grünerhaltung.
- Eine schnelle Beseitigung der vor unseren Küsten versenkten Munitionsbestände, deren Mäntel 73 Jahre nach dem Krieg nun durchrosten und die giftigen Inhaltsstoffe freisetzen. Der Druck auf die zuständige Landes- und Bundesregierung muss deutlich verstärkt werden.
- Die Schaffung von mehr Naherholungs- und Grünflächen in allen Kommunen.
- Die Umsetzung der „from Road to Sea“ Idee: Güter müssen von der Straße und sinnvoll über Schiene und Wasserwege gelenkt werden. Nur von der jeweils letzten Anschlussmöglichkeit zur Auslieferung sollte der Straßengüterverkehr die Regel sein.
- Genfreie Nahrungsmittel und den Schutz deren Erzeuger – keine Versuche und Testreihen auf unseren landwirtschaftlichen Böden.
- Ein Verbot von Glyphosat und anderen giftigen Mitteln im gesamten Gebiet des Kreises Ostholstein.
- Ein Konzept für die Förderung regionaler Wirtschaftskreisläufe - insbesondere in der Agrikultur. Heimische Erzeugnisse müssen keine Reise um die halbe Welt machen.

## Ostholstein - eine Region zum Wohnen

Steigende Miet- und Mietnebenkosten belasten auch die Mieterinnen und Mieter in unserer Region immer mehr. Für Menschen mit geringem Einkommen steht – gerade in den touristischen Regionen – kaum noch bezahlbarer, menschenwürdiger Wohnraum zur Verfügung, während das Angebot für Besserverdienende ständig wächst. Dies muss anders werden.

Wer in Ostholstein eine Wohnung sucht, der soll sie auch finden. Eine Wohnung, die modernen, heutigen Ansprüchen entspricht, eine Wohnung mit gesunder Bausubstanz, die energiesparend ist. Dies in einem Umfeld, das lebenswert ist, in Wohnsiedlungen mit ausreichend Freiflächen und Gemeinschaftsangeboten wie Spiel-, Bolz- und Grillplätze. Dazu gehören auch soziale und kulturelle Begegnungsstätten in Form von Nachbarschaftsbüros mit einem dezentralen Bürgerservice für alle Anwohnerinnen und Anwohner in allen Städten und Gemeinden.

Das Ostholsteiner Mietwohnungsangebot muss den unterschiedlichen Zielgruppen genügen: Familien mit Kindern, Seniorinnen und Senioren, Alleinstehenden, Menschen mit Behinderungen, Wohngemeinschaften und Menschen mit geringem Einkommen.

Dies geht nur dann, wenn die Wohnung nicht zur Handelsware wird und an Meistbietende vermietet wird.

## Deshalb fordert die DKP:

- Mietpreisstopp für zunächst fünf Jahre.
- Einführung eines Zweckentfremdungs- und Leerstandsverbotes. Der Missbrauch von Wohnraum durch Leerstand und Fremdnutzung darf nicht zu einer Verknappung führen. Zwangsvergabe von Wohnraum, der länger als drei Monate leer steht. Kopplung der Mieterhöhungen an den Lebenshaltungsindex als maximale Obergrenze, dies gilt auch für Neuvermietungen.
- Modernisierungen mit dem Ziel der Energieeinsparung müssen Pflicht werden und dürfen nicht auf die Miete umgelegt werden.
- Stärkung der Wohnungsaufsicht zur Durchsetzung von Instandhaltungen in vernachlässigten Wohnimmobilien.
- Anhebung des Wohngelds um einmalig 20 Prozent, danach jährlich entsprechend der Steigerung des Lebenshaltungsindexes. Anhebung der Bemessungsgrenze.
- Festschreibung einer Quote für den sozialen Wohnungsbau von mindestens 20 Prozent aller Neubauvorhaben, deutlich mehr auf kommunalen Grundstücken. Insbesondere kommunale Wohnungsbaugesellschaften werden verpflichtet, für die notwendige Versorgung mit Sozialwohnungen zu sorgen.
- Schaffung einer Quote für barrierefreie Wohnungen, vorrangig mit dem Ziel, Seniorinnen und Senioren sowie Menschen mit Beeinträchtigungen ein Leben in der Gemeinschaft zu ermöglichen.
- Sicherung der ärztlichen Versorgung, insbesondere mit KinderärztInnen, in den Wohngebieten durch Vergabe der Niederlassungsgenehmigungen für Ärzte gemäß dem Bedarf der Kommunen. Schaffung einer entsprechenden Regelung auch für Apotheken und andere Gesundheitseinrichtungen.
- Schaffung einer wohnortnahen Versorgung durch ein ausreichendes Netz mit Postfilialen, zusätzlichen Bibliotheken und Einzelhandelsangeboten.
- Schaffung, Ausbau und die Förderung von Nachbarschaftsbüros und deren Weiterentwicklung zu kommunalen Zentren.
- Ausbau und Dezentralisierung des Bürgerservice vor Ort in den Städten und Gemeinden.
- Stärkere Förderung von Initiativen, Vereinen und Verbänden in den Kommunen.
- Verbot von Zwangsumzügen von Bezieherinnen und Bezieher von ALG II.
- Die Schaffung flächendeckender Strukturen zur Bereitstellung schneller Internetabdeckung.

# 45 Jahre malochen für Armuts-Rente?

DKP
Ostholstein

www.dkp-luebeckostholstein.blogspot.de

# Ostholstein - hier gibt es Arbeit

Entgegen den offiziellen Jubelmeldungen über das „Beschäftigungswunder“ im Norden haben sich die Verhältnisse auf dem Arbeitsmarkt in Ostholstein nicht im Geringsten zum Besseren gewendet.

Bei genauer Betrachtung der geschönten Zahlen wird schnell deutlich, dass die soziale Wirklichkeit anders aussieht: Immer noch sind viel zu viele Menschen ohne Arbeit, leben von Transferleistungen, wie z. B. von Hartz IV, und das angebliche Beschäftigungswachstum ist mit einer erheblichen Ausweitung des Niedriglohnsektors erkauft.

In Ostholstein leben gegenwärtig rund 200.000 Einwohner. Von diesen sind nach offiziellen Angaben fast 7.000 BürgerInnen arbeitslos. Weitere rd. 12.500 Personen leben von Hartz IV in rd. 6.800 Bedarfsgemeinschaften. In Wahrheit sind es weit mehr.
Zudem gibt es viele prekär Beschäftigte mit Niedriglöhnen und Zeitarbeitsverträgen.

Vor isolierten Betrachtungen der Lage sollte man sich daher hüten, denn sie führen in die Irre. Prekäre Arbeit (Leiharbeit, Teilzeitbeschäftigung und geringfügige Beschäftigung), bei der das verdiente Geld nicht zum Leben reicht, ist der Motor dieses „Wunders“.

Dies gilt für nahezu alle Beschäftigungsfelder, aber vor allem im Dienstleistungsbereich, welcher unter anderem einen der wirtschaftlich wichtigsten Bereiche in unserer Region beinhaltet: Die Tourismus-Branche. Hier wie in den anderen Bereichen betrifft es besonders junge Arbeitnehmer und Frauen jeden Alters.
Diese verfehlte Arbeitsmarktpolitik treibt kommunale Soziallasten in schwindelerregende Höhen und reist riesige Löcher in den Haushalt der Städte und Gemeinden.

Die Kreistagsmehrheit setzt zur Schaffung von Arbeitsplätzen auf Subventionen für die Großunternehmen und die Schaffung von immer mehr Büroflächen. Dies hat den Verlust von Arbeitsplätzen in unseren Kommunen nicht aufhalten können, sondern ihn vielmehr beschleunigt. Damit ist auch die Anzahl der produktiv tätigen Menschen gesunken und auch die kommunalen Einnahmen sind eingebrochen.

Die Politik des Lohndrucks und der Arbeitsplatzvernichtung findet auch im öffentlichen Bereich statt, dies zu Lasten der Beschäftigten und der betroffenen Einwohnerinnen und Einwohner.
Einen besonderen Irrsinn stellt dabei auch der real-kapitalistische Privatisierungs-Wahnsinn dar, wie das Beispiel der Verkäufe der Krankenhäuser belegt.

Wie überall in der Bundesrepublik ist Armut ist auch in Ostholstein häufig weiblich.

Das Ostholstein der Zukunft bietet Arbeitsplätze für alle. Es schafft Voll- und Teilzeit-Arbeitsplätze im gewerblichen Bereich, im Handwerk und im Öffentlichen Dienst. Im Gesundheitswesen sowie in der Altenpflege und -Betreuung gibt es Arbeitsplätze mit Tariflöhnen, die ein menschenwürdiges Leben ermöglichen.

# Deshalb fordert die DKP:

- Stopp der Subventionen und Steuergeschenke für die Großunternehmen.
- Gezielte Ansiedlung produzierender- und Handwerksunternehmen.

- Privatisierte und ausgegliederte ehemalige kommunale Betriebe müssen rekommunalisiert werden. Dies gilt insbesondere für alle Bereiche der Daseinsfürsorge und somit auch für Betriebe im Gesundheitswesen, also der Kranken- und Altenpflege.
- **Unsere Kreis ist Vorbild:**
  - ✓ Öffentliche Aufträge werden nur an Unternehmen vergeben, die Arbeitsplatzgarantien geben, Tariflöhne bzw. mindestens Mindestlöhne von min. € 12,- pro Stunde bezahlen, ein Verbot der Leiharbeit umsetzen und die Ausbildungsquote von 10 Prozent erfüllen.
  - ✓ Der Kreis wendet das Tariftreuegesetz konsequent an und kontrolliert die Umsetzung.
  - ✓ Betriebe, die die Schwerbehindertenquote erfüllen, sind bei der Vergabe öffentlicher Aufträge zu bevorzugen.
  - ✓ Versuche, Tarife im Öffentlichen Dienst durch Ausgliederungen oder Privatisierungen zu unterlaufen, finden nicht statt.
  - ✓ Er legt Personalmindestbemessungsgrenzen in den Bereichen Gesundheitsversorgung in den Krankenhäusern, den Alten- und Pflegeheimen und der Kinderbetreuung fest sowie eine deutlich verbesserte Bezahlung der in diesen Bereichen Beschäftigten.
  - ✓ Er fördert existierende Betriebe und Neuansiedlungen von Betrieben die sich aktiv an der Kinderbetreuung beteiligen und Teilzeitbeschäftigung sowie Ausbildung auch in Teilzeit für Alleinerziehende ermöglichen.
  - ✓ Die Notlage von Langzeiterwerbslosen wird nicht durch eine Zwangsverpflichtung zu Dumpinglöhnen missbraucht. Die Beschäftigung von Hartz IV-Empfängerinnen und Empfängern in 1 Euro-Jobs findet nicht statt.

## Ostholstein - eine solidarische Region, eine Region für alle

Die Geschichte Ostholsteins ist geprägt durch die Zuwanderung von Menschen aus anderen Ländern und durch deren Arbeit. Ihre unterschiedlichen Kulturen und Erfahrungen haben unser Leben bereichert.
Gegenseitiger Respekt und die Achtung des Anderen müssen den Umgang der Menschen untereinander bestimmen.

Leider werden in den Medien viele Vorurteile gegen Migrantinnen und Migranten geschürt. Das spiegelt sich im Verhalten der Menschen wieder. Insbesondere die Debatte um gute und schlechte „Ausländer“ führt zu einer Spaltung der Gesellschaft.

Wir wollen ein friedliches Miteinander in unserem Kreis, unabhängig von Nationalität und Herkunft. Alle, die in Ostholstein wohnen, sollen die Möglichkeit haben, ihr Umfeld mit zu gestalten und Entscheidungen mit treffen zu können.

Unsere Städte und Gemeinden bieten allen, die in ihnen leben wollen, die Chance zur Teilhabe am gesellschaftlichen Leben und eine lebenswerte Perspektive.

## Deshalb fordert die DKP:

- Die rechtliche Gleichstellung aller Einwohner Ostholsteins, unabhängig von der Herkunft.
- Ein bedarfsgerechtes Angebot an Deutschunterricht für Kinder im Vorschulalter und begleitende Sprachausbildung für Schulkinder und Jugendliche in der Ausbildung.
- Ein zielgruppenorientiertes Sprachprogramm für Erwachsene.
- Die Sprache und die Kultur der Migrantinnen und Migranten müssen sich im Angebot der Bibliotheken und der Volkshochschule widerspiegeln.
- Ausländische Schülerinnen und Schüler müssen in integrierten Klassen speziell gefördert werden.
- Eine Ausbildungsplatzinitiative der Städte und Gemeinden für Jugendliche mit Migrationshintergrund.

## Ostholstein - hier finden Menschen Zuflucht

Die NATO und die Bundesregierung führen direkt oder indirekt Krieg in großen Teilen der Welt um ihre aggressiven imperialistischen Interessen durchzusetzen. Gerade aufgrund dieser Kriege fliehen Menschen zu uns, z. B. aus Syrien, Libyen, Afghanistan, Pakistan, Mali oder dem Irak.

Aber auch das imperialistische Agieren der EU - unter Führung von Deutschland und Frankreich – führt zum wirtschaftlichen Ausbluten vieler Regionen der Welt, vorrangig in Afrika, was wiederum zu Flucht aufgrund von existentieller Perspektivlosigkeit und Hunger führt.

Die Flucht der Menschen die zu uns kommen, ist folglich von der Bundesregierung „hausgemacht“!

Daher fordern wir: Menschen, die vor Krieg und Hunger Zuflucht in unseren Städten und Gemeinden suchen, erfahren hier eine menschenwürdige Behandlung. Wir lassen uns nicht gegeneinander ausspielen, um die Interessen der Reichen und Mächtigen zu vertuschen!

Unabhängig davon, ob sie sich hier dauerhaft eine neue Existenz aufbauen oder nur vorübergehend bleiben wollen, hat der Umgang unserer Kommunen mit ihnen auf humanitären Grundsätzen zu basieren.

## Deshalb fordert die DKP:

- Die real existierende und von der herrschenden Politik bewusst herbeigeführte Zerschlagung sozialer Standards, für die Geflüchtete aktuell missbraucht werden, muss umgehend gestoppt werden. Es muss durch das demokratisch kontrollierte Handeln der Kommunen unmöglich gemacht werden, die Menschen gegeneinander auszuspielen. „80-Cent“-Jobprogramme sind daher genauso zu verhindern wie eine sozialunverträgliche Unterbringungspolitik!
- Die gezielte Unterfinanzierung der Kommunen durch den Bund bei der Unterbringung von Geflüchteten muss gestoppt werden!
- Die Unterbringung der in Ostholstein lebenden und ankommenden Flüchtlinge muss folglich in Wohnungen erfolgen. Eine Kasernierung in leerstehenden Gebäuden unter unwürdigen Bedingungen darf es nicht mehr geben.
- Allen Menschen, die bleiben wollen, müssen Perspektiven für ein dauerhaftes Bleiberecht eröffnet werden.
- Initiativen, die sich um die Betreuung und Eingliederung von Flüchtlingen bemühen, werden aus öffentlichen Mitteln gefördert.
- Rassistische Hetze gegen Flüchtlinge ist ein Straftatbestand. Die Ordnungsbehörden haben ihren verfassungsrechtlichen Auftrag zu erfüllen und Personen und Organisationen, die rassistische Hetze betreiben, mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln zu bekämpfen.

## Ostholstein - eine Region des Friedens und des Antifaschismus

Unsere Geschichte spiegelt die bittersten Folgen von Kriegen: Vertreibung, Flucht, Terror, Schlachten und Bombardements.

Bereits 1933 wurde im Direktorenhaus einer ehemaligen Zuckerfabrik in Ahrensbök ein frühes Konzentrationslager eingerichtet. 1945 führte ein Todesmarsch mit etwa 500 Häftlingen aus den Konzentrationslagern Auschwitz-Fürstengrube und Mittelbau-Dora (Harz) durch unseren Kreis. Einige wenige dieser KZ-Häftlinge wurden vom Schwedischen Roten Kreuz gerettet. Die Mehrzahl wurde Opfer der Cap-Arcona-Katastrophe bei Neustadt.

Im Bewusstsein der Politik in unserem Kreis werden diese Erfahrungen – gemessen an heutigem Handeln im Zuge der Aufrüstungspolitik der NATO – ebenso verdrängt wie die Erinnerung an diejenigen, die sich der Kriegstreiberei und dem Faschismus entgegen gestellt haben und dies allzu oft mit ihrem Leben bezahlen mussten.

Unser Kreis muss zu einer Region des Friedens und des Antifaschismus werden.
Der Gedanke des friedlichen Miteinanders aller Völker muss zur obersten Handlungsmaxime auch in der Kommunalpolitik werden.

## Deshalb fordert die DKP:

- Der Kreis Ostholstein muss seiner Lage und Geschichte gerecht werden, in dem er sich für die Ostsee als „Meer des Friedens“ einsetzt. Hierzu muss er:
  - ✓ sich bei der Bundesregierung für die Schließung aller Bundeswehr- und Marine- Standorte in Ostholstein einsetzen.
  - ✓ sich gegen jegliche Bundeswehr- oder NATO- Manöver in der Lübecker Bucht und der Ostsee einsetzen.
  - ✓ sich gegen jegliche Militärtransporte durch Ostholstein aussprechen.

    Dies schließt die Verhinderung der Verschiffung von militärischem Gerät aus Ostholsteiner Häfen ein
  - ✓ Als erste deutscher Kreis den Aufruf „abrüsten statt aufrüsten“ unterzeichnen und damit der von der NATO geforderten Erhöhung des Bundeswehretats auf 2 % unseres Bruttoinlandsproduktes (welches eine nahezu Verdoppelung des Wehretats auf rund 60 Milliarden Euro bedeuten würde) widersprechen.
  - ✓ Der Bundeswehr keinen öffentlichen Raum geben, in oder vor Schulen sowie bei Jobmessen oder ähnlichen Veranstaltungen, für das Sterben zu werben.
- Die Städte und Gemeinden ehren ihre Friedens- und Widerstandskämpferinnen und -kämpfer durch die Benennung von Straßen, Plätzen, Schulen und Gebäuden in den Kommunen. Das Wissen um das Wirken dieser Vorbilder wird Bestandteil des Unterrichts bereits in den Grundschulen.

- Unsere Städte und Gemeinden entwickeln Initiativen auf allen Ebenen, die das Streben nach Frieden und Völkerverständigung zum Inhalt haben. Beispiele für solche Initiativen können internationale Kulturfeste und vieles mehr sein, was der Verständigung der Menschen und Kulturen untereinander dient.
- Unsere Städte und Gemeinden aktivieren die bestehenden Städtepartnerschaften und fördern einen intensiven Austausch vor allem junger Menschen.
- Unsere Städte und Gemeinden sorgen dafür, dass sie von allen Nazischmierereien befreit werden.
- Unsere Städte und Gemeinden richten Stellen gegen Rechtsextremismus und Neonazismus ein, die präventiv in den Kommunen und Schulen arbeiten und entsprechend ihren Aufgaben personell und materiell ausgestattet werden.
- Beim Jugendamt des Kreises wird eine Funktion „Antifaschistische Arbeit“ neu geschaffen und besetzt.
- Über die bisherige antifaschistische Erinnerungsarbeit hinaus braucht Ostholstein in allen Stadt- und Gemeindezentren eine Gedenk- und Dokumentationsstätte über faschistische Verbrechen und antifaschistischen Widerstand. Die Städte und Gemeinden müssen hierfür finanzielle Mittel zur Verfügung stellen.
- Unsere Städte und Gemeinden vergeben keine Aufträge an Firmen, die nachweislich Neonazis gehören, da dies ihrem grundgesetzlichen Auftrag widerspricht.
- Unsere Städte und Gemeinden stellen sicher, dass faschistische und kriegsverherrlichende Organisationen in Ostholstein keinen, vor allem keinen öffentlichen, Raum bekommen.
- Der Kreistag wirkt auf die Ostholsteiner Polizei ein, gegenüber den diversen faschistischen Gruppierungen eine Politik der „Null-Toleranz“ zu verfolgen und die Kriminalisierung von Antifaschistinnen und Antifaschisten zu unterbinden.
- Das Verbot aller Neofaschistischen Parteien und Organisationen sowie aller sogenannten Kameradschaften.

# Ostholstein - und die Krise des Kapitals

Unser Gesellschaftssystem, ob nun freie oder soziale Marktwirtschaft genannt, ist der Kapitalismus. Und dieser hat ein einfaches Ziel: die ständige und rücksichtslose Erhöhung seines Profits, also der Gewinne.

Da die Erhöhung von Gewinnen immer nur kurzfristig funktioniert, gibt es für das Kapital auch ständig Bedrohungs- oder Krisensituationen.

Die Folgen dieser Krise bekommen wir auf unterschiedliche Art und Weise zu spüren. Der Export von Produktion und Produktionsstandorten führt zu Lohndruck und Arbeitsplatzverlust. Eigentlich ist also ständig Krise in einem kapitalistischen System. Es gibt immer ein Argument, unten zu nehmen und oben zu geben.

Egal, um welche Form der Krise es sich handelt, bezahlen müssen immer wir da unten. Und das sind wir: die Menschen, die auf den Lohn ihrer Arbeit, ihre Rente oder die Unterstützung durch den Staat angewiesen sind. In unseren Stadt- und Gemeindefinanzen schlägt sich das deutlich nieder.

Dieses kapitalistische System folgt der Logik der permanenten Gewinn- (Profit-) Maximierung. Weil dies so ist, wird niemals ein Kapitalist nur zum Wohle der Allgemeinheit auf seinen Profit oder einen Teil davon verzichten. Es sei denn, man zwingt ihn dazu.

# Ostholstein - Macht mit

Auch unser Kreis Ostholstein ist von der Finanz- und Wirtschaftskrise – eine Krise des Kapitalismus – tief getroffen. Auch hier werden die Reichen immer reicher und die Armen immer ärmer.
Diese verfehlte Politik ist das Ergebnis des an Profit orientierten Wirtschafts- und Finanzgebaren des Kapitals und seiner politischen Vertretungen in den Parteien. Diese halten dieses politische Herangehen für richtig und verstärken die Umverteilung von unten nach oben.

Die Ergebnisse zeigen immer deutlicher, dass wir in einer Gesellschaft von Klassengegensätzen leben - Einer Gesellschaft in der nicht der Mensch sondern der Profit im Mittelpunkt steht.

Keine der etablierten Kreistagssparteien will diese Entwicklung grundsätzlich ändern. Anders die DKP, sie steht an der Seite der arbeitenden und lernenden Menschen, der Senioren und der bereits Ausgegrenzten und Unterdrückten.

Die Kommunisten wissen. dass Wahlen alleine nichts ändern, - nur das massenhafte Handeln der Betroffenen für ihre eigenen Interessen durch außerparlamentarische Aktionen kann positive Veränderungen herbeiführen.
Wir müssen anknüpfen an die Aktionen wie „Gerecht geht anders“ oder „gegen die Macht der Banken“, dazu sind Alle gefordert zu mobilisieren.

Die DKP setzt als Arbeiterpartei vor allen auf die Beschäftigten, denn sie schaffen den gesellschaftlichen Reichtum, nicht die Bänker, die Zocker und die Kapitalisten.

Deshalb setzt die DKP auf die Arbeiterklasse, als die wichtigste Kraft die die Profitlogik bekämpft und sich für eine andere Umverteilung von oben nach unten engagieren muss. Nur so ist erfolgreiche Gegenwehr möglich.

Mit dem Eingreifen in die Kommunalwahlen haben wir keine Illusionen - aber Hoffnungen für mehr Bewegung und eine gesellschaftliche Diskussion darüber wie wir leben wollen. Die DKP setzt sich für eine sozialistische Gesellschaft ein, in der die Menschen über ihre Zukunft selbst entscheiden.

Ob Friedens- oder Umweltpolitik, Beschäftigungspolitik, Bildungschancen oder Gesundheitsversorgung: Veränderungen fangen am Wohnort an und wirken sich am Wohnort aus.

Wir verweisen dabei ausdrücklich auf das Grundgesetz: In ihm ist mitnichten festgehalten, dass unser System ein kapitalistisches sein muss. Artikel 14 (2) des Grundgesetzes besagt, dass „Eigentum verpflichtet“. Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen. Nach Artikel 14 und 15 werden Möglichkeiten zur Enteignung zum Wohle des Volkes definiert – seltsamerweise finden diese in der herrschenden Praxis zumeist nur bei der Grundstücksenteignung für den Autobahnbau Anwendung.

Wir fordern die Bürgerinnen und Bürger in Ostholstein auf, sich für ihre Belange einzumischen und für notwendige Veränderungen stark zu machen.

Wir ermuntern diejenigen, die nicht länger einfach alles geschehen lassen wollen, sich aktiv für eine bessere Zukunft stark zu machen und mit uns gemeinsam für eine soziale, offene und demokratische Kommunalpolitik zu streiten.

Die Bewegungen unserer Zeit zeigen: Es gibt immer mehr Menschen, die sich nicht mehr alles gefallen lassen.

Wir jedenfalls stehen immer an der Seite der Menschen, die sich solidarisch organisieren.

# Ostholstein - Die DKP gibt ihr Wort

## Die Kandidatinnen und Kandidaten der DKP, die mit Ihrer Unterstützung in den Kreistag Ostholstein einziehen, versprechen:

- Wir treten konsequent für die Forderungen unseres Programms ein.
- Wir werden alle Bezüge, die wir im Zusammenhang mit Mandaten erhalten, vor den Wählerinnen und Wählern offen legen und diese nur für die Arbeit im Kreistag, bzw. politische Tätigkeiten im Interesse unserer Wählerinnen und Wähler verwenden.
- Wir werden keinem Beschluss zustimmen, der Kürzungen im Sozialbereich, bei der Bildung und im Bereich Kinder und Jugend beinhaltet. Wir lassen uns auf keine Kungeleien ein. Jeglichen Filz decken wir schonungslos auf.
- Wir werden unsere Mandate nutzen, um mit Betroffenen zusammen für ihre Interessen zu arbeiten.
- Wir werden die Arroganz der Macht anprangern, von wem sie auch kommt.
- Wir werden alles tun für das friedliche und solidarische Zusammenleben der Menschen in unserem Kreis, unabhängig von Herkunft und Nationalität.
- Wir werden keine Prestigeprojekte mittragen, die sich nur an kleine Teile der Bevölkerung richten.
- Wir werden alles ablehnen, was die Strände, Grünflächen und Naherholungsgebiete in unseren Städten und Gemeinden gefährdet oder zerstört.
- Wir versprechen, vor allem den außerparlamentarischen Kampf für diese Forderungen weiterzuführen.
- Wir werden unsere Kreistagssmandate dafür nutzen, den öffentlichen Druck auf den Landrat und die Kreistagsmehrheit soweit zu erhöhen, dass das Bildungs- und Sozialsystem ausgebaut wird, die demokratischen Rechte weiter entwickelt werden, der Neofaschismus und das Militär zurückgedrängt werden und privatisierte Betriebe rekommunalisiert werden.

## Für Notizen

V.i.S.d.P.: Henrik Matthes

»Der Kapitalismus ist widerlich. Er bringt nur Krieg, Heuchelei und Rivalität.«
Fidel Castro Ruz

# Unser Land braucht eine starke DKP!

Ich bin interessiert und möchte

- ☐ mehr Infos über die DKP
- ☐ Kontakt zur DKP Ostholstein
- ☐ Mitglied der DKP werden

**Rückantwort bitte an die**

**DKP Ostholstein**

**Postfach 102260, 23554 Lübeck**

**E-Mail: dkp.hl-oh@email.de**

**www.dkp-luebeckostholstein.blogspot.de**

DKP Ostholstein
Postfach 102206, 23554 Lübeck
dkp-luebeckostholstein.blogspot.de
dkp.hl-oh@email.de